

BVK sieht Rentenpaket der Bundesregierung ambivalent

Michael H.Heinz

© BVK Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V

Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) kritisiert das heute publik gewordene Rentenpaket der Bundesregierung. „Die Koalition fährt einen etwas orientierungslosen Schlingerkurs“, sagt BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Einerseits will sie die private Altersvorsorge stärken, andererseits ein womöglich staatlich verwaltetes Standardprodukt für die Altersvorsorge einführen. Und dieses soll dann vermutlich ohne eine Beratung vertrieben werden. Das lehnen wir grundsätzlich ab. Auch dass zukünftig Dividenden aus staatlichen Beteiligungen für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge verwendet werden sollen, spricht eher für die Schaffung eines Staatsfonds. Dies sehen wir ebenfalls sehr kritisch.“

Im Rentenpaket sieht der Verband jedoch auch Positives: „Insbesondere, dass sich die Koalition darauf verständigte, die private Altersvorsorge über den Kapitalmarkt zu stärken und zu verbessern, findet unsere Zustimmung“, sagt BVK-Präsident Michael H. Heinz. „Wir sind auch auf die Eckpunkte zur Reform der privaten Altersvorsorge gespannt, die schon bis Ende Dezember zusammen mit der Frühstartrente vorgelegt werden sollen. Hier favorisieren wir eine unbürokratische Reform der Riester-Rente mit erweitertem Adressatenkreis und größeren Renditechancen.“

Der BVK befürwortet ebenfalls die Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge, insbesondere die Ausweitung der Geringverdiener-Förderung und obligatorische Abschlussmodalitäten sowie die stärkere Einbeziehung von kleinen und mittleren Unternehmen. Auch dass sich die Koalition darauf verständigte, die neue Rentenkommission noch im Dezember einzusetzen und ihr schon bis Ende des zweiten Quartals 2026 einen Beschluss aufzugeben, ist zu befürworten. Dabei soll die Kommission u. a. Vorschläge zum höheren Renteneintrittsalter, Abschwächung der Rente ab 63 und eine neue Austarierung von Zu- und Abschlägen erarbeiten. Da die Zeit drängt, ist dies zu bejahen.

„Wir würden es daher begrüßen, wenn die Bundesregierung nicht schon vorher mit der Ausweitung der Mütterrente und der Festsetzung des Rentenniveaus nach 2031 kostenintensive Fakten schafft“, so BVK-Präsident Heinz. „Es bleibt jetzt abzuwarten, ob eine Mehrheit des Deutschen Bundestages dem Rentenpaket der Bundesregierung zustimmen wird.“